

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Roland Heintze, Dennis Gladiator, Hans-Detlef Roock,  
Thilo Kleibauer, David Erkalp, Nikolaus Haufler, Thomas Kreuzmann, Wolfhard  
Ploog (CDU) und Fraktion**

### **Betr.: Unterfinanzierung der Bezirke durch Schuldentilgung beenden**

Die sieben Hamburger Bezirke müssen hohe Konsolidierungslasten tragen – so sind sie verpflichtet, dieses Jahr 7,8 Millionen Euro über sogenannte globale Minderausgaben einzusparen. Darüber hinaus stellen sie die Tarifsteigerungen vor nahezu unlösbare Probleme. Ihre Haushalte bestehen zu rund 85 Prozent aus Personalkosten, deren Anstieg in den laufenden Budgets lediglich mit 1,5 Prozent eingeplant ist. Die aufgrund der realen Tarifabschlüsse tatsächlich zu erwarteten Ausgabensteigerungen haben die Bezirksamtsleiter mit „6 bis 10 % oberhalb der veranschlagten Eckwerte“ (siehe sogenannte Projekteinsatzungsverfügung) angegeben. In der Konsequenz müssen sie deshalb im Jahr 2014 rund 8,5 Millionen Euro zusätzlich zu den globalen Minderausgaben einsparen. Insgesamt beläuft sich das „Haushaltsloch“ der Bezirke also auf etwas über 16 Millionen Euro.

Diese Unterfinanzierung kann und soll durch eine kurzfristige Schuldentilgung teilweise behoben werden. Die Stadt Hamburg verfügt seit vielen Jahren über eine Art Barreserve (sogenannte Allgemeine Rücklage und Rücklage zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms „Hamburg 2010“) mit einem aktuellen Volumen von zusammen 683 Millionen Euro (siehe Drs. 20/11611) – davon sind bereits 94 Millionen Euro für den diesjährigen Haushaltsausgleich eingeplant. Für derartige Liquidität erhält die Stadt durchschnittlich nur noch 0,37 Prozent Zinsen (siehe Drs. 20/11611). Parallel hat der Kernhaushalt rund 23,7 Milliarden Euro Schulden (siehe Quartalsbericht IV/2013 der Finanzbehörde), die bei Auslaufen ständig mit neuen Schulden refinanziert werden. Bei einer Refinanzierung mit mindestens zehnjährigen Anleihen wären zum jetzigen Zeitpunkt 2,43 Prozent Zinsen zu zahlen (siehe Quartalsbericht). Eine derartige Differenz zwischen Anlage- und Kreditzins macht die weitere Vorhaltung einer Barreserve unwirtschaftlich. Ab Ende Mai 2014 laufen bis Jahresende städtische Anleihen in einem Volumen von 625 Millionen Euro aus (siehe Drs. 20/1282). Durch Tilgung eines Großteils dieser Schulden mithilfe der Barreserve kann die Stadt ihren Betriebshaushalt entlasten.

Die Auflösung der Reserve in Höhe von 589 Millionen Euro (683 Millionen Euro abzüglich 94 Millionen Euro) führt zunächst zu Zinseinnahmeverlusten in Höhe von rund 2 Millionen Euro. Die Tilgung der Altschulden in gleicher Höhe statt ihrer Refinanzierung mit neuen Schulden führt zu rund 14,3 Millionen Euro Zinsausgabensparnissen. Im Ergebnis entsteht ein neuer Ausgabenpielraum von rund 12,3 Millionen Euro, mit dem zunächst die globalen Minderausgaben der Bezirke in Höhe von 7,8 Millionen Euro aufgelöst werden können.

Das Defizit im Personalhaushalt in Höhe von 8,5 Millionen Euro wird zusätzlich über eine Wiederöffnung der Personalkostenreserven der Finanzbehörde für Tarifsteigerungen beseitigt. Die dort veranschlagten Mittel in Höhe von 85 Millionen Euro wurden im Jahr 2013 nur zu rund 10 Prozent in Anspruch genommen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. die oben beschriebene Schuldentilgung in Höhe von 589 Millionen Euro im Jahr 2014 durchzuführen,
  2. den dadurch entstandenen Ausgabenspielraum den Hamburger Bezirken zur Verfügung zu stellen und
  3. die Reserve „Zentral veranschlagte Personalausgaben“ der Finanzbehörde wieder für Belastungen aus Tarifsteigerungen zu öffnen,
- um so die Unterfinanzierung der Bezirke zu beenden.